

II-3341 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

XIII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 1974 03 07

Zl. 32.389-G/74

1570/A.B.

zu: 1571/J.

Präs. am 18. März 1974

B e a n t w o r t u n g

der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Kern und Genossen (ÖVP),
Nr. 1571/J, vom 23. Jänner 1974, betreffend Bundesprüfungscommission.

Anfrage:

- 1) Wieviele Ansuchen wurden der "Bundesprüfungscommission" bisher vorgelegt?
- 2) In wie vielen Fällen hat die "Bundesprüfungscommission" dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft einen von der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer abweichenden Vorschlag unterbreitet?
- 3) Auf Grund welcher Unterlagen ist die "Bundesprüfungscommission" in diesen Fällen zu einer anderen Beurteilung gelangt als die Landwirtschaftskammer?
- 4) In wie vielen Fällen hat sich der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft dem von der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer abweichenden Vorschlag der "Bundesprüfungscommission" angeschlossen?
- 5) Warum hat sich der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft dem abweichenden Vorschlag der "Bundesprüfungscommission" angeschlossen:
 - a) Haben die Anträge nicht den Richtlinien entsprochen? Welche Richtlinien waren in den betreffenden Fällen maßgeblich?
 - b) Hat es sich um "Härtefälle" gehandelt? Worin bestand die "Härte"? Welche Richtlinien waren in den betreffenden Fällen maßgeblich?
 - c) Welche Gründe waren sonst für die Entscheidung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft maßgeblich?

- 2 -

Antwort:

Die vorliegende Anfrage möchte ich zum Anlaß nehmen, um darauf hinzuweisen, daß bei der zum Teil sehr gründlich durchgeführten Behandlung von einzelnen Förderungsansuchen im Rahmen der Bundesprüfungskommission wertvolle Hinweise zur weiteren Ausgestaltung der Sonderrichtlinien, die für die Vergabe der Förderungsmittel maßgebend sind, gewonnen werden. Es würde daher einer Verkenennung der Tatsachen entsprechen, wollte man die Effizienz der Bundesprüfungskommission ausschließlich an der Anzahl der Fälle messen, in denen mir eine Ablehnung von Förderungsansuchen vorgeschlagen wird.

Im einzelnen beantworte ich die aufgeworfenen Fragen wie folgt:

Zu 1):

Seit Bestehen der Bundesprüfungskommission wurden 7.322 Ansuchen um Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten und 1.050 Ansuchen um Beihilfen vorgelegt.

Zu 2):

Über Antrag der Bundesprüfungskommission wurden 128 Ansuchen um die Gewährung von Bundesmitteln zurückgestellt. Nach Einholung ergänzender Unterlagen konnte der Großteil dieser Ansuchen positiv erledigt werden. In 9 Fällen hat die Bundesprüfungskommission die Ablehnung der Förderungsansuchen vorgeschlagen.

Zu 3):

Die von der Bundesprüfungskommission eingenommene ablehnende Haltung stützte sich auf ergänzende Unterlagen der Landwirtschaftskammern, auf die Eintragungen in den Konsignationslisten und auf Ergebnisse von Erhebungen, die Bedienstete des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an Ort und Stelle durchgeführt haben.

- 3 -

Zu 4) und 5):

In den erwähnten 9 Fällen habe ich mich der Meinung der Bundesprüfungskommission angeschlossen, da die aufgegriffenen Anträge nicht den Richtlinien entsprochen haben.

In 3 Fällen waren die Sonderrichtlinien Zl.33.800-5a/1/71, in 3 Fällen die Sonderrichtlinien Zl.32.000-5a/72, in einem Fall die Sonderrichtlinien Zl.34.900-5a/73 und in einem Fall die Sonderrichtlinien Zl.48.593-IV/10/73 meines Ressorts für die Ablehnung maßgebend. Ein Fall mußte abgelehnt werden, weil er den allgemeinen Richtlinien des Bundesministeriums für Finanzen, Zl.13000-I/1954, nicht entsprochen hat.

Der Bundesminister:

